

magazin

für beamtinnen und beamte

DGB

FLICKENTEPPICH RELOADED

Besoldungsrunde der Länder

Sozial- und Erziehungsdienst
Zerrieben zwischen Idealismus
und schlankem Staat

Tarifvertrag Entlastung
ver.di kämpft für
mehr Krankenhauspersonal

Ausgabe 02
23.02.2017
www.dgb.de/beamtenmagazin





0,- Euro Bezügekonto¹⁾ der „Besten Bank“

¹⁾ Voraussetzung: Gehalts-/Bezügekonto mit Online-Überweisungen;
Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

- ✓ Attraktive Vorteile für den öffentlichen Dienst
- ✓ Einfacher Online-Kontowechselservice

Mehr Informationen? Gerne!

Tel. 0 800/40 60 40 189 (kostenfrei)
www.bbbank.de

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

INHALT

Titel

Tarif- und Besoldungsrunde 2017
Weil es um Mehr geht! 4

Kommentar

Drohender Fachkräftemangel hausgemacht –
von Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB-
Bezirks Hessen-Thüringen 6

Aus dem Bund

7

Interview

„Zerrieben zwischen Idealismus
und schlankem Staat“,
GEW-Vorstandsmitglied Norbert Hocke
über die Sozial- und Erziehungsberufe 9

Aus den Ländern

10

Aus den Gewerkschaften

Tarifvertrag Entlastung: ver.di kämpft
für bessere Arbeitsbedingungen in
Krankenhäusern 15

Aufruf

Jetzt Projekte einreichen!
Deutscher Personalräte-Preis 2017 17

Vermischtes

18

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack
Redaktion: Lisa Kranz, Henriette Schwarz,
Achim Fehrenbach
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte
Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573
infoservice@beamten-informationen.de
www.dgb.de/beamtenmagazin
www.dgb.de/beamtenmagazinabo
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen
Titelfoto: DGB/Piegsa
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 24. Jahrgang
Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr
Jahresbezugspreis inkl. Ratgeber „Wissenswertes für
Beamtinnen und Beamte“: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des
Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt geht es um die Besoldung! Nach schwierigen Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder über einen neuen Tarifabschluss für die Tarifbeschäftigten, konnte am Wochenende in Potsdam ein Ergebnis erzielt werden. Die Zustimmung der Gewerkschaftsmitglieder steht natürlich noch aus. Parallel lautet die Frage aber bereits: Wie werden die Länder mit ihren Beamtinnen und Beamten umgehen? Werden sie die Besoldung entsprechend des Tarifergebnisses anpassen? Wird es noch mehr Zerfledderungen in der Besoldungs- und Versorgungslandschaft geben? Unser Titel geht diesen Fragen nach. Und die besonders unerfreuliche Situation der hessischen Beamtinnen und Beamten nimmt Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, in ihrem Kommentar unter die Lupe.

Wir lenken die Aufmerksamkeit in dieser Ausgabe außerdem auf die von Personal-mangel geprägten Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst und in den Krankenhäusern. Norbert Hocke, GEW-Vorstandsmitglied und Leiter des Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit, schildert den Arbeitsalltag von Erzieherinnen, Erziehern, Sozialarbeiterinnen und -arbeitern und macht klar, dass der Staat in vielen Fällen seiner Wächterfunktion für das Kindeswohl nicht mehr ausreichend nachkommt. Heikel wird es mittlerweile auch immer häufiger bei der Pflege von Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern. Unterbesetzte Nachtschichten, aber auch ein schlechter Personalschlüssel am Tag führen dazu, dass ausgerechnet am Arbeitsplatz Krankenhaus täglich gegen den Arbeits- und Gesundheitsschutz verstoßen wird. ver.di fordert einen Tarifvertrag Entlastung und mobilisiert bundesweit für eine gesetzliche Personalbemessung: Damit Arbeit im Krankenhaus nicht krank macht!

Viele Grüße
Elke Hannack

Tarif- und Besoldungsrunde 2017

Weil es um **MEHR** geht!

So lautet das Motto der diesjährigen Tarif- und Besoldungsrunde. Umso treffender ist, dass das gefundene Tarifiergebnis nicht nur prozentuale Entgelterhöhungen, sondern auch eine Reihe von Strukturverbesserungen mit sich bringt. In den nun in die heiße Phase gehenden Besoldungsrunden wird sich zeigen, ob die Dienstherren die Zeichen der Zeit erkannt haben und auch ihren Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten ein Plus im Geldbeutel bescheren.

Tarifergebnis bringt Strukturverbesserungen

Am 17. Februar haben sich ver.di, GEW, GdP und IG BAU mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auf einen Tarifabschluss einigen können. Für die rund eine Million Tarifbeschäftigten bringt das Ergebnis:

- eine tabellenwirksame Anhebung der Gehälter um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017 beziehungsweise um 75 Euro Mindestbetrag als soziale Komponente
- einen weiteren Anhebungsschritt um 2,35 Prozent zum 1. Januar 2018
- die Einführung der Stufe 6 für die Entgeltgruppen 9 bis 15 in zwei Teilschritten: zum 1. Januar 2018 sowie zum 1. Oktober 2018

Frank Bsirkse, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di bewertete den Abschluss positiv und verwies auf die dadurch erzielten Reallohnsteigerungen. Ähnlich äußerte sich Oliver Malchow, Vorsitzender der GdP: „Wir haben spürbare Gehaltserhöhungen für unsere Kolleginnen und Kollegen erreicht, was nicht nur angesichts sprudelnder Steuereinnahmen der öffentlichen Hand gerechtfertigt ist. Das Ergebnis ist auch ein Zeichen der Arbeitgeber, dass die Arbeit vieler Behörden und Ämter mit diesem Tarifergebnis mit Reallohnsteigerungen und nicht nur mit warmen

Worten gewürdigt wird. Wir erkennen das als ein Zeichen der Wertschätzung durch unsere Arbeitgeber an.“ Und Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW begrüßte insbesondere die 6. Stufe für die Beschäftigten ab Entgeltgruppe 9: „Mit der Einführung der sechsten Stufe im Tarifvertrag der Länder für die höheren Entgeltgruppen haben wir einen deutlichen Akzent für die Lehrerinnen und Lehrer gesetzt. Diese Erhöhung setzt auf einer Gehaltssteigerung auf, die deutlich über der Inflationsrate liegt. Die unteren Gehaltsgruppen erhalten einen Mindestbetrag, damit sie nicht abgekoppelt werden.“

Im Anschluss: 16 Besoldungsrunden

In den 16 Bundesländern schließen sich nun die Besoldungsrunden an. Der DGB und seine Mitglieds Gewerkschaften fordern die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenschaft der Länder sowie Kommunen und erwarten zeitnahe Gespräche mit den zuständigen Ministerien. Dies gilt auch für **Niedersachsen** und **Mecklenburg-Vorpommern**, die die Bezügeerhöhungen ihrer Beamtinnen und Beamten für 2017 schon im letzten Jahr festlegten. Dort wird die Besoldung zum 1. Juni des Jahres um 1,75 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. 2,5 Prozent (Niedersachsen) angehoben.

In einigen Bundesländern haben schon erste Gespräche mit den zuständigen Ministerien stattgefunden. So etwa in **Nordrhein-Westfalen**. Dort erwartet die Vorsitzende der GEW, dass die Landesregierung die Besoldung und die Ruhegehaltsbezüge in 2017 rückwirkend zum

1. des Jahres um 2,0 und in 2018 um 2,35 Prozent anpasst. Der Finanzminister des bevölkerungsreichsten Bundeslandes erteilte der Forderung nach einer zeitgleichen Anpassung bereits eine Absage und verwies auf eine mit dem DGB getroffene Vereinbarung. Die sieht vor, dass die Tarifergebnisse stets um drei Monate zeitversetzt wirkungsgleich übertragen werden.

In **Bayern** hat der Finanzminister die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenschaft zugesagt und zudem die Zahlung einer Einmalzahlung in Höhe von 500 Euro angekündigt.

Die DGB-Vorsitzende des Bezirks Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, verwies auf die personelle Situation im öffentlichen Dienst der Hauptstadt. „Der öffentliche Dienst muss attraktiv bleiben, um im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger gutes Personal zu gewinnen“ und erinnerte daran, dass **Berlin** in den folgenden fünf Jahren ein Drittel seiner Beschäftigten aus Altersgründen verlieren wird.

Der **Hamburger** Bürgermeister wurde vom DGB-Nord an die 2011 abgegebene Zusicherung erinnert. Danach wolle die Hansestadt die Tarifergebnisse zeit- und wirkungsgleich auf seine Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen. Der stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Markus Schlimbach erklärte, dass der sächsische Finanzminister im Rahmen der Verhandlungen um eine verfassungsgemäße Besoldung im Freistaat **Sachsen** zugesagt hat, die Tarifergebnisse in Zukunft ohne Abstriche auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Nun erwarte man die Aufnahme von Gesprächen.

Die Finanzministerin des Landes **Schleswig-Holstein** kündigte die zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses an. Die zu erwartenden Kosten seien bereits im Haushalt 2017 bereitgestellt.

In Frankfurt mahnte die DGB-Vorsitzende des Bezirks Hessen-Thüringen, Gabriele Kailing: „Wenn das Land **Thüringen** als Arbeitgeber im bundesweiten Wettbewerb um qualifiziertes Personal attraktiv sein will, sollte es Vorreiter bei der Übertragung des Tarifergebnisses sein.“ In **Hessen** ist die letzte Verhandlungsrunde auf den 2. und 3. März terminiert. Das Land ist nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und verhandelt daher eigenständig mit den Gewerkschaften.

Flickenteppich wird weiter gewebt

Der noch nicht veröffentlichte DGB Besoldungsreport 2017 macht wieder deutlich: Über Deutschland liegt ein „Besoldungsflickenteppich“. Die finanziellen Unterschiede bei der Besoldung zwischen den Dienstherren sind weiterhin enorm. Noch immer trägt das Bundesland Berlin bei allen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A die rote Laterne, während der Bund die Position des Spitzenreiters zurückerobert hat. Auch auffällig: Viele Dienstherren besolden weit unter dem Durchschnitt. Hier besteht also eindeutig Nachholbedarf. Der DGB und seine Mitglieds Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes werden dies den Gesetzgebern vermitteln.

Der DGB Besoldungsreport 2017 erscheint Ende Februar und ist dann abrufbar unter www.dgb.de/beamte



Foto: privat

Drohender FACHKRÄFTEMANGEL HAUSGEMACHT

von Gabriele Kailing, Vorsitzende des DGB Bezirks Hessen-Thüringen

Die CDU hat es in Hessen zu ihrem Markenzeichen gemacht, den Haushalt auf dem Rücken der Landesbeschäftigten zu konsolidieren. Als Stichworte seien die Tarifflicht aus der Tarifgemeinschaft der Länder und die Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden genannt. Mit der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen hat sich hieran nichts geändert: Bekanntlich hat die Regierung Bouffier/Al-Wazir ihren Beamtinnen und Beamten für das Jahr 2015 bei der Besoldung eine Nullrunde verordnet. Für die Jahre 2016-2018 hat sie jeweils eine einprozentige Steigerung festgelegt. Sie begründet das Ganze mit der Schuldenbremse und dem angeblich nicht vorhandenen Spielraum im Haushalt. Selbst wenn man diese Argumentation ernst nimmt, ist sie seit den neuesten Steuerzahlen nicht mehr haltbar. Die November-Steuerschätzung prognostiziert für die Jahre 2016 und 2017 ein Plus von zusammen fünf Milliarden Euro für Deutschland gegenüber der Steuerschätzung vom Mai. Davon entfallen allein im Jahr 2016 rund 1,1 Milliarden Euro (!)

auf Hessen. Hintergrund dieser Entwicklung, so das Hessische Finanzministerium, sind wenige steuerliche Einzelfälle aus dem Bereich der Erbschaft- und Einkommensteuer, auf die allein Mehreinnahmen in Höhe von 700 Millionen Euro zurückgingen. Das Steuerplus beruht vermutlich in großen Teilen auf dem Erbschaftsfall Johanna Quandt, die im August 2015 in Bad Homburg gestorben ist. Das Online-Lexikon Wikipedia gibt für Quandt ein Vermögen in Höhe von fast 14 Milliarden Dollar an.

Mit den Zusatzeinnahmen könnte das Land das Tarifergebnis voll auf die Beamtinnen und Beamten übertragen und die Deckelung aufheben. Natürlich erfolgt dies nicht, obwohl sogar die ebenfalls von der Besoldungs-Deckelung betroffenen Kommunen sich gegen diese Maßnahme gewandt haben; sie befürchten Nachwuchsprobleme. Und dieses Problem trifft auch das Land: Es ist mehr als fraglich, ob es gelingen wird, die für den Sommer 2017 geplante Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 42 auf 41 Stunden für die Beamtinnen und Beamten und die darüber hinaus geplante zusätzliche Stellenschaffung – insbesondere bei der Polizei und im Schulbereich – umzusetzen.



„Es ist geschafft, wir haben jetzt monatlich unsere Zusatzrente.“

DGB

Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente

mit dem zusätzlichen Plus

für Gewerkschaftsmitglieder

www.das-rentenplus.de



Strafrecht

GdP: Wirksamerer Schutz von Polizisten überfällig

Am 8. Februar hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem der Schutz von VollstreckungsbeamtInnen und Rettungskräften gestärkt werden soll. Auf den Weg gebracht hatte ihn Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD). Die Gewerkschaft der Polizei wertet den Gesetzentwurf als großen Erfolg. Nach den Worten des Bundesvorsitzenden Oliver Malchow wird mit dem Gesetz ein Instrument geschaffen, um die steigende Gewalt gegen PolizeibeamtInnen wirksamer bekämpfen zu können. Der Entwurf sieht vor, tätliche Angriffe auf VollstreckungsbeamtInnen auch bei allgemeinen „Diensthandlungen“ zu bestrafen. Damit soll künftig nicht nur Gewalt bei Vollstreckungshandlungen wie etwa Festnahmen oder Verkehrskontrollen bestraft werden, sondern schon Störungen der Arbeit von PolizistInnen, Rettungskräften und Feuerwehrleuten an sich. Die Tatbegehungsform des tätlichen Angriffs auf VollstreckungsbeamtInnen soll nach den Plänen des Bundesjustizministers als selbständiger Straftatbestand mit verschärftem Strafraumen ausgestaltet werden. Tätern droht dann eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren.

Auch EVG fordert Schutz gegen Attacken

Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft begrüßt das geplante Gesetz, mit dem PolizeibeamtInnen und andere Einsatzkräfte besser gegen gewalttätige Attacken geschützt werden sollen. Zugleich fordert die EVG, diesen Schutz auf Beschäftigte bei Bahn und Bus auszudehnen. „Unsere Kolleginnen und Kollegen werden häufig Opfer von Übergriffen und persönlichen Attacken, weil Uniform oder Dienstkleidung auf so manchen Reisenden wie ein rotes Tuch wirken“, berichtet der stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel. Viele Betroffene seien frustriert, weil ihre Angreifer oft nicht im erforderlichen Maße zur Rechenschaft gezogen würden. Der Bagatellisierung von Übergriffen könnte durch ein entsprechendes Gesetz ein Riegel vorgeschoben werden, so der EVG-Vize.

Autobahnen

Schleichende Privatisierung verhindern!

Kein Freifahrtschein für die Autobahn-Privatisierung: Der Bundesrat hat am 10. Februar umfangreiche Änderungsvorschläge für einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ermöglichen soll. Der DGB hatte den ursprünglichen Entwurf im Vorfeld scharf kritisiert. „Wir befürchten, dass so weitere staatliche Aufgaben privatisiert werden“, mahnte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Dem Entwurf zufolge solle mit der Infrastrukturgesellschaft nicht nur Planung, Bau, Erhalt, Betrieb und Finanzierung von Bundesautobahnen und -fernstraßen von den Ländern in Bundeshand übergehen. „Vorgesehen ist auch, dass diese neue Infrastrukturgesellschaft eigenständig regionale Tochtergesellschaften gründen und über öffentlich-private Partnerschaften auch Privatunternehmen beteiligen kann“, so Körzell. Das könnten Baufirmen, aber zum Beispiel auch Versicherungsunternehmen sein. Körzell warnt denn auch davor, dass Autobahnen in Zukunft fast vollständig privat betrieben werden – und dass die Nutzung über eine Pkw-Maut für alle bezahlt werden muss. Zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrats zählen unter anderem die Gewährung einer Staatsgarantie, die überhöhte Kosten verhindern soll, und auch eine garantierte Einflussnahme des Bundes auf die Aufgabenerfüllung der Privatunternehmen. Der DGB hält diese Änderungsvorschläge für eine gute Grundlage. Nun sei es Aufgabe des Bundestags, den Gesetzentwurf an wichtigen Stellen zu verbessern.



Stefan Körzell (r.), Mitglied im geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand, und Martin Burkert (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur, gemeinsam gegen Autobahn-Privatisierungen. Fotos: Simone M. Neumann





Verkehrssicherheitsarbeit

Kernaufgabe der Polizei ausbauen

Die Verkehrssicherheit ist die Kernaufgabe der Polizei – und muss deshalb von ihr ausgebaut werden. Das forderte der Verkehrsgerichtstag, der am 27. Januar in Goslar stattfand. „Die Länder müssen der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei künftig auch im Interesse der Inneren Sicherheit wieder mehr Bedeutung zumessen“, so die Empfehlung der ExpertInnen. Dies gelte in erster Linie für die Verkehrsüberwachung, umfasse aber auch die Präsenz im Straßenverkehr und die Aufnahme aller Verkehrsunfälle durch die Polizei. Die GdP sieht sich durch diese Forderung in ihrer Position bestätigt. „Angesichts neuer Bedrohungslagen wie der Cyberkriminalität und der gestiegenen Terrorgefahr hat die Politik die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei in den vergangenen Jahren vernachlässigt“, kritisiert der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Nordrhein-Westfalen, Michael Mertens. „Diese Fehlentwicklung müssen wir wieder korrigieren.“ In Nordrhein-Westfalen beispielsweise müssten die Verkehrsdirektionen der Polizei aufgewertet werden. Das ist aus Sicht der GdP auch deshalb notwendig, weil alleine in diesem Bundesland jedes Jahr mehr als 500 Menschen bei Verkehrsunfällen sterben. Das wirksamste Mittel zur Stärkung der Verkehrssicherheit sei der Ausbau der sogenannten Anhaltekontrollen. Zudem fordert die GdP den verstärkten Einsatz moderner Technik bei der Unfallaufnahme. „Solange wir Verkehrsunfälle noch immer mit Stift und Klemmbrett erfassen, verschleudern wir im digitalen Zeitalter wertvolle Ressourcen, die uns fehlen, um anderswo Raser aus dem Verkehr zu ziehen“, betonte Mertens.

Foto: Eduard Fiegel



DGB Das RentenPlus:
Spezialtarif mit
40 % Rabatt

DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

¹ Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Marktdaten der Riester-Anbieter, Stand: 31.12.2014.

² Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2014.

³ Garantiegeber: Union Investment Privatfonds GmbH.

▶ 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente Select – der Riester-Rente vom Marktführer¹⁾:

- Lebenslang eine „exzellente Renten-Höhe“²⁾
- 100 % Garantie Ihrer Einzahlungen und staatlichen Zulagen zum Beginn der Auszahlphase³⁾
Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen
- Wahlweises Ein- und Ausschalten der Gewinnsicherung
- Jederzeitige und unbegrenzte Einzahlungen

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Anlagebedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2–10, 76133 Karlsruhe (Tel. 07 21/141-0 oder www.bbbank.de) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Weißfrauenstraße 7, 60311 Frankfurt am Main, www.union-investment.de, Tel. 069/5 89 98-61 00, erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf. Stand: 30. November 2015.

Mehr Informationen? Gerne!

www.bezugekonto.de oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



Zerrieben zwischen **IDEALISMUS** und schlankem Staat

magazin // Wenn über unfreiwillige Teilzeit von Beschäftigten gesprochen wird, werden meist die Erzieherinnen als Beispiel angeführt. Welche Themen brennen den Beschäftigten in Kindertagesstätten und Horten derzeit auch auf den Nägeln?

Norbert Hocke // Die schlechte Erzieher*in-Kind-Relation, die fehlende Vorbereitungszeit, die es gerade für Kolleg*innen in sozialen Brennpunkten unmöglich macht, sich zeitlich auf ein Elterngespräch vorzubereiten; alles nebenbei und in der Freizeit; die nichtvorhandene Krankheitsvertretung und die fehlende Freistellung vieler Leitungskräfte von der Gruppenarbeit belasten die Kolleg*innen, wie wir aus vielen Untersuchungen wissen. Das „Umsetzungs-Dilemma“, – man würde gern qualitativ gute Arbeit leisten, aber die Rahmenbedingungen lassen dies nicht zu – ist für die Sozialen Dienste einer der größten Belastungsfaktoren. Der Idealismus wird zur Krankheitsfalle.

magazin // Händeringend suchen viele öffentliche Träger der Kindertagesbetreuung nach passendem Personal. Wie könnte dem Fachkräftemangel abgeholfen werden?

Norbert Hocke // Hier haben wir in den letzten Jahren durch Untersuchungen der Hochschulen sehr genaue Daten und eindeutige Aussagen: bessere Rahmenbedingungen, eine attraktive Altersermäßigung und eine deutlich bessere Bezahlung. Die gemeinsamen Streiks 2015 des Sozial- und Erziehungsdienstes von GEW und ver.di waren ein deutliches Signal an die Arbeitgeber, den Beruf aufzuwerten. Wer Bildung von Anfang an will, der muss auch so bezahlen.

magazin // Im Zuge des Kitaausbaus ist die Qualität der frühkindlichen Bildung in den Hintergrund geraten. Die GEW fordert ein Kita-Qualitätsgesetz. Was würde sich damit ändern?

Norbert Hocke // Mit einem Kita-Qualitätsgesetz wollen wir die Strukturqualität verbessern und vereinheitlichen. Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem Bundesland sechs Krippenkinder von einer Erzieherin betreut, erzogen und gebildet werden und in einem anderen drei. Die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse muss – laut Grundgesetz – gewahrt sein. Es kann nicht vom Geldbeutel einer Kommune abhängen, welche Bildung und Betreuung unsere Kinder bekommen. Hier ist der Bund gefragt, endlich einzugreifen. Ähnlich wie beim Krippenaus-

Seit 2013 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kita oder der Kindertagespflege. Seitdem bauen Länder und Kommunen ihr Angebot an Betreuungsplätzen massiv aus. Unterdessen finden die Träger der Kindertagesbetreuung längst nicht mehr das benötigte Personal. Über diese und weitere Herausforderungen in den Sozial- und Erziehungsberufen haben wir mit GEW-Vorstandsmitglied Norbert Hocke, Leiter des Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit, gesprochen.

bau und beim Ganztagsschulprogramm muss der Bund sich dauerhaft an den Betriebskosten der Kitas beteiligen. Das Bundesfamilienministerium und die Jugendminister*innen der Länder haben einen Schritt in diese Richtung unternommen: Im Zwischenbericht „Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern“ schlagen sie ein Qualitätsentwicklungsgesetz vor, in dem sich der Bund dauerhaft verpflichtet, sich an den Kita-Kosten zu beteiligen.

magazin // In anderen Aufgabenbereichen des Sozial- und Erziehungsdienstes – etwa dem Kinderschutz – warnen die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vor einem Personalnotstand und steigenden Fallzahlen. Kommt der Staat hier seiner Verantwortung noch ausreichend nach?

Norbert Hocke // Auch der Sozial- und Erziehungsdienst ist in den letzten Jahren der Wahnvorstellung eines „schlanken Staates“ zum Opfer gefallen. Die Sozialarbeiter*innen in den sozialen Brennpunkten können sich nicht zerreißen. Hier ein gefährdetes Kind aus einer Familie holen, gleichzeitig einen Vormund für einen geflüchteten Jugendlichen organisieren, ein Lehrer*innen Gespräch über eine Schulschwänzerin vorbereiten und durchführen und noch einen Hausbesuch mit dem Einzelfallhelfer bei Familie K. . Alles gleichzeitig und möglichst gerichtsfest dokumentieren. Die Bundesländer kommen in vielen Fällen ihrer Verantwortung (Wächteramt) gegenüber den jungen Menschen nicht nach. Aber auch hier gilt: Alle Untersuchungen und Hilferufe der Betroffenen sind auf taube Ohren gestoßen. Die Kosten zu den Hilfen zur Erziehung seien zu hoch, heißt es. Dabei verkennt die Politik, dass die gesellschaftlichen Bedingungen sich deutlich verschlechtert haben, etwa im Bereich von Familien, die von Hartz IV leben müssen. Die öffentlichen Freizeitaktivitäten in den Städten für Kinder und Jugendliche sind reduziert worden oder kosten nun Geld. Über die Jugendgewalt jammern, aber nicht auf die Fachkräfte hören, so wird Politik eine ganze Generation verlieren.



Foto: shutterstock.de/NinaM

Baden-Württemberg

Arbeitsbedingungen zur Chefsache machen

Am 3. Februar trafen sich VertreterInnen des DGB Baden-Württemberg und der Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU mit Staatsminister Klaus-Peter Murawski (Grüne) zum Spitzengespräch. Die Themen reichten von Arbeitsbedingungen und Personalausstattung im öffentlichen Dienst bis zu Beamtenbesoldung und Beamtenversorgung. Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende Landesvorsitzende des DGB, definierte zudem den Anspruch des DGB, als beamtenpolitische Spitzenorganisation den intensiven Dialog über die Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes und zu allen die BeamtInnen berührenden Fragen fortzu-

Bayern

Sofortprogramm Innere Sicherheit

Die Staatsregierung hat das „Bayerische Sofortprogramm Innere Sicherheit“ beschlossen. Es besteht aus zahlreichen Maßnahmen, die in Landeszuständigkeit liegen und nun von den zuständigen Ressorts der Staatsregierung umgesetzt werden. „Wir ergänzen das Polizeiaufgabengesetz, verbessern die Schutzausstattung von Polizisten, stocken Observations-einheiten von Polizei und Verfassungsschutz auf und bauen die polizeiliche Videoüberwachung aus“, erläuterte Innenminister Joachim

Berlin

Gewaltprävention an Schulen stärken

Der Berliner Senat hat im Januar das „Berliner Programm gegen Gewalt an Schulen“ beschlossen. Es sieht vor, dass die Schulen Anti-Gewalt-Trainings veranstalten und Konflikt-MediatorInnen ausbilden. Außerdem sollen sie Schulregeln aufstellen, Konzepte zur Gewaltprävention erarbeiten und „Koordinationsrunden Konfliktbearbeitung“ einführen. Aus Sicht der GEW Berlin enthält das Programm durchaus gute Ansätze. Ihr Vorsitzender Tom Erdmann gab jedoch zu bedenken, dass viele PädagogInnen bereits jetzt an ihrer Belastungsgrenze stehen. Für die zusätzlichen Aufgaben fordert die GEW deshalb mindestens zwei Anrechnungsstunden pro Lehrkraft, außerdem müsse der Personalschlüssel an den Ganztagschulen verbessert werden. Der Senat sieht in seinem Programm zwar auch eine angemessene Ausstattung mit JugendsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen vor. Erdmann ist das aber viel zu vage. Die GEW fordert eine volle Stelle für Jugendsozialarbeit pro hundert SchülerInnen.

Brandenburg

Pilotprojekt „Body-Cams“

Seit längerem forderte die GdP Brandenburg eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz von „Body-Cams“ – also Kameras, die im Einsatz am Körper getragen werden. Nun kommt Bewegung in die Sache: Nach Angaben des Innenministeriums wird das Gesetzgebungsverfahren für eine spezielle Befugnisnorm gestartet. Sobald das Gesetz vorliegt, soll ein Pilotprojekt zeigen, ob der Einsatz von „Body-Cams“ in Brandenburg sinnvoll und notwendig ist: Einsatzorte werden zunächst die Polizeiinspektionen Potsdam und Oberhavel sein. Die GdP bleibt allerdings bei ihrer Auffassung „Personal vor Technik!“. Außerdem müsse der Kamera-Einsatz eindeutig geregelt sein, „damit die Kolleginnen und Kollegen rechtssicher handeln, durch den Einsatz von neuer Technik nicht noch mehr belastet werden und selbst vor Überwachung geschützt sind“.



Gesprächsbereit: Die stellvertretende DGB-Landesvorsitzende Gabriele Frenzer-Wolf (r. neben Würfel) mit den DGB-Gewerkschaften vor dem Staatsministerium. Foto: DGB Ba-Wü/Dominik Gaugler

führen. „Unsere Gewerkschaften sind mit rund 150.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung im öffentlichen Dienst des Landes“, unterstrich Frenzer-Wolf. Basis für die beam-

» DGB-GEWERKSCHAFTEN SIND MIT RUND 150.000 MITGLIEDERN DIE GRÖSSTE INTERESSENVERTRETUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST«

tenpolitischen Spitzengespräche ist seit Langem eine Beteiligungsvereinbarung zwischen dem DGB und der Landesregierung, die mindestens zwei Gespräche jährlich unter Einbeziehung der Ministerien für Inneres, Finanzen und Justiz vorsieht.

Herrmann (CSU). Das Polizeiaufgabengesetz soll um eine präventiv-polizeiliche Befugnisregelung für die sogenannte elektronische Fußfessel erweitert werden. „Gefährder sollen künftig von der Polizei schon frühzeitig überwacht werden können“, so Herrmann. Eine weitere Sofortmaßnahme Bayerns ist der Ausbau der stationären und mobilen polizeilichen Videoüberwachungsanlagen. Das Sofortprogramm sieht auch Handlungsbedarf auf Ebene des Bundes und der Ländergemeinschaft, etwa bei der Überwachung elektronischer Kommunikation, den Auswertungsmöglichkeiten von DNA sowie bei der Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen und Cyber-Kriminalität.

Bremen

Mehr Referendariatsplätze

Der Personalrat Schulen kann gemeinsam mit der GEW Bremen einen großen Erfolg verbuchen: Nach schwierigen Verhandlungen hat die Bildungsdeputation am 8. Februar die Aufstockung um 50 Referendariatsplätze für das Jahr 2017 beschlossen – insgesamt stehen dann 550 zur Verfügung. „Damit ist die im Jahr 2012 beschlossene Kürzung der Referendariatsplätze endlich wieder aufgehoben“,

**» DAMIT IST DIE IM JAHR 2012
BESCHLOSSENE KÜRZUNG DER
REFERENDARIATSPLÄTZE ENDLICH
WIEDER AUFGEHOBEN «**

zeigt sich Landesvorstandssprecher Christian Gloede zufrieden. Gleichwohl müsse der Bildungshaushalt für die nächsten Jahre noch deutlich erhöht werden. Gloede fordert eine Anhebung um über 90 Millionen Euro. Weil der Bedarf an Lehrkräften steige, müsse der Beruf noch deutlich attraktiver werden, so der Vorstandssprecher. Dazu gehöre eine Senkung der Unterrichtsverpflichtung, die Angleichung der Gehälter an andere Bundesländer sowie eine Verbesserung der Studienbedingungen.

Hamburg

Netzwerk kämpft für Kita-Qualität

Knapp zwei Jahre nach der Bürgerschaftswahl hat das Kita-Netzwerk Hamburg eine Zwischenbilanz vorgelegt. Als Maßstab diene das 2014 verabschiedete Eckpunktepapier zu qualitativen Verbesserungen in Kindertagesstätten. Mitte Januar trafen sich VertreterInnen des Kita-Netzwerks im Hamburger Rathaus, um mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Andreas Dressel über die Bilanz zu diskutieren. Nach der Elternbeitragfreiheit und dem Platzausbau will das Netzwerk endlich auch eine Entlastung für die PädagogInnen vorantreiben. Aufgrund des Fachkräftemangels sei der geplante Personalschlüssel von 1:4 im Krippenbereich nur schwierig umzusetzen. Der Fachkräftemangel wiederum sei auch durch die belastenden Arbeitsbedingungen entstan-

den. Das Kita-Netzwerk wünscht sich mehr Mitsprache in der Qualitätsoffensive und eine schnellere Umsetzung der Teilziele.

Hessen

Offenbarungseid Pensionärsoffensive

Die GEW Hessen fordert eine dauerhafte Aufwertung des LehrerInnenberufs. Nur so könne dem bestehenden Mangel an ausgebildeten Lehrkräften begegnet werden, betont die stellvertretende Vorsitzende Maïke Wiedwald. Die GEW reagiert damit auf ein Schreiben des Kultusministeriums. Es hatte sich an mehrere tausend Lehrkräfte gewandt, die sich bereits im Ruhestand oder kurz davor befinden. In den Briefen werden die Lehrkräfte darum gebeten, den Eintritt in den Ruhestand aufzuschieben oder in den aktiven Schuldienst zurückzukehren. Die GEW sieht darin einen Offenbarungseid des Kultusministers – der zunehmende Bedarf an Lehrkräften sei schon lange absehbar gewesen. „Das Land Hessen ist durch die Abkopplung der Besoldung von der Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst auf dem deutschlandweiten Lehrkräftearbeitsmarkt ins Hintertreffen geraten“, kritisiert Wiedwald. Neben einer besseren Besoldung fordert die GEW auch einen deutlichen Ausbau der Studienplätze.

Mecklenburg-Vorpommern

Bevölkerung fordert mehr Polizei

Die Landespolizei von Mecklenburg-Vorpommern ist personell schlecht aufgestellt und unzureichend ausgerüstet. Dieser Meinung sind 62 Prozent der 1.002 BürgerInnen, die das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Auftrag der „Ostsee-Zeitung“ befragt hat. Die GdP sieht sich durch das Umfrageergebnis bestätigt. Sie fordert seit Jahren eine deutliche personelle und materielle Aufstockung. „Die Polizeibeschäftigten fehlen an allen Ecken und Kanten“, so der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher. Die im Koalitionsvertrag beschlossenen 150 zusätzlichen Stellen sind für ihn „nicht einmal der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein“. Gerade die Bereitschaftspolizei sei angesichts von Terrorismus und Islamismus stark gefordert, betont Schumacher. „Sicherheit für die Bevölkerung scheint für den Ministerpräsidenten und seine Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern kein wichtiges Thema zu sein“, kritisiert Schumacher. Auch vom Bund fordert er mehr finanzielle Unterstützung.

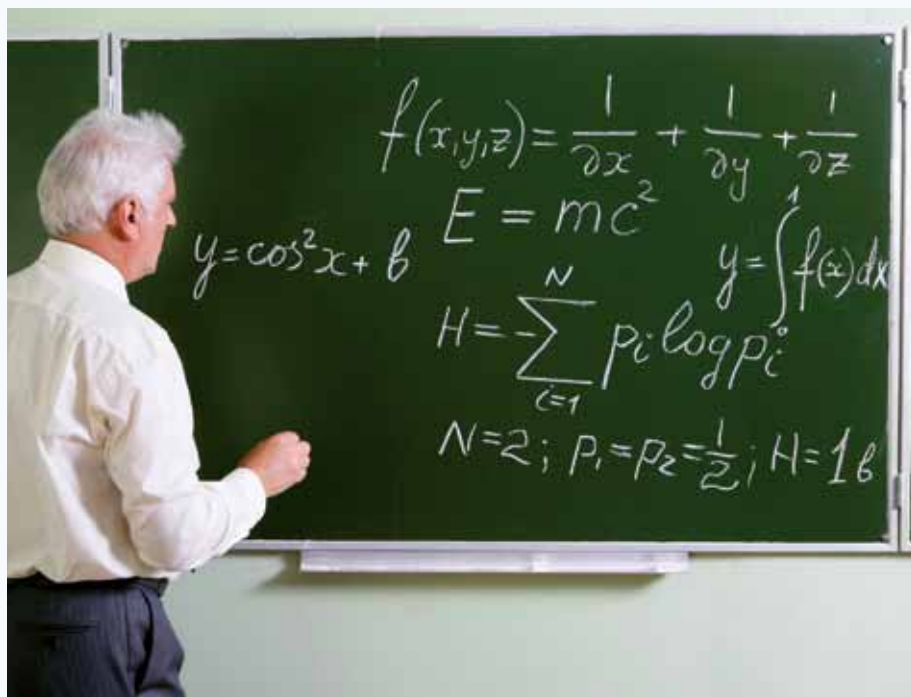


Foto: istockphoto.de/Vorika

Niedersachsen

„Demokratie beginnt mit dir“

Mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) gibt es in Niedersachsen nun wieder eine zentrale Anlaufstelle für die politische Bildungsarbeit. Eröffnet wurde sie am 25. Januar in Hannover. Unter dem Motto „Demokratie beginnt mit dir“ koordiniert sie Angebote der politischen Bildung, vernetzt Akteure und bietet Zugang zu politischen Informationen. Die LpB ist eine nichtrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur. Sie wird vom Land mit jährlich 870.000 Euro gefördert. Insgesamt werden in Niedersachsen rund zehn Millionen Euro im Jahr für die politische Bildung bereitgestellt.

Nordrhein-Westfalen

DGB-Erfolg für Jubilare

LandesbeamtInnen werden für ihre langjährige Leistung wieder belohnt: Seit Ende Januar ist in Nordrhein-Westfalen die Jubiläumszuwendungsverordnung in Kraft, nachdem es 20 Jahre lang keine Zuwendungen mehr gab. Alle BeamtInnen, die ihr Dienstjubiläum ab dem 1. Juli 2016 begehen, erhalten Zuwendungen: 300 Euro nach einer Dienstzeit von 25 Jahren, 450 Euro nach 40 Jahren und 500 Euro nach 50 Jahren. Außerdem erhalten all diese Jubilare einen Tag dienstfrei. Mit der Verordnung im Zuge der Dienstrechtsmodernisierung kommen die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen endlich einer Forderung des DGB nach. Dieser

» 25 JAHRE DIENSTZEIT 300 EURO

» 40 JAHRE DIENSTZEIT 450 EURO

» 50 JAHRE DIENSTZEIT 500 EURO

kritisiert allerdings die im Vergleich zum Tarifbereich niedrigeren Beträge. Die Verordnung enthält auch Regelungen über zusätzliche anrechnungsfähige Zeiten, zum Beispiel Ausbildungszeiten im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis sowie Kindererziehungs- und Pflegezeiten.



Foto: shutterstock.de/Syda Productions

Rheinland-Pfalz

Kleine Grundschulen erhalten!

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium hat die Eckpunkte zur Schließung kleiner Grundschulen vorgestellt. Hintergrund sind strukturelle Sparmaßnahmen. Laut Ministerium soll aber bei jeder kleinen Grundschule, die von einer Schließung betroffen sein könnte, zunächst die regionale demografische Entwicklung geprüft werden. Nach Einschätzung der GEW Rheinland-Pfalz steht keine massenhafte Schließung bevor. Ihr Landesvorsitzender Klaus-Peter Hammer warnt denn auch vor Panikmache, mahnt aber zugleich klare Leitlinien an, die für alle Betroffenen nachvollziehbar sind. „Wir halten an dem Prinzip fest, dass ein attraktives wohnortnahes Bildungsangebot vorgehalten werden muss“, so Hammer. „Dies ist aus unserer Sicht vor allem im ländlichen Raum wichtig.“ Lange Anfahrtswege dürften weder den SchülerInnen noch den Lehrkräften zugemutet werden.

Saarland

DGB-Forderungen zur Landtagswahl

Am 26. März wird ein neuer saarländischer Landtag gewählt. Der DGB Rheinland-Pfalz/Saarland hat nun seine Forderungen für die zukünftige Landespolitik in einem Positionspapier veröffentlicht. Darin macht er sich unter anderem für ein chancengerechtes Bildungssystem stark. Dafür müsse der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt erheblich gesteigert werden. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst fordert der DGB bessere Möglichkeiten der Mitbestimmung mit einem zukunftsorientierten Personalvertretungsgesetz. Zudem sei für die öffentliche Daseinsvorsorge mehr Personal nötig, um die Aufgaben entsprechend erfüllen zu können.

Sachsen

Handlungsfähigkeit sichern

Der Freistaat Sachsen braucht in den nächsten Jahren dringend mehr gutes Personal für die Landesverwaltung. Das ist das Fazit mehrerer Sachverständiger, die am 18. Januar bei einer Anhörung im Landtag zu Wort kamen. Anlass war der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Erarbeitung eines umfassenden Personalkonzepts, mit dem die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes gesichert werden soll. Derzeit würden nicht einmal alle AbsolventInnen der Hochschule Meißen in die Landesverwaltung aufgenommen, berichtete deren Rektor, Professor Dr. Frank Nolden. Teilweise würden die AbsolventInnen auch mit besseren Konditionen in andere Bundesländer abgeworben. Bündnis 90/Die Grünen fordert die schnelle Erarbeitung eines Personalkonzepts, das aufzeigt, wie die Altersabgänge bis zum Jahr 2030 von über 50 Prozent aufgefangen werden. „Die im Haushalt beschlossenen Stellenaufwüchse reichen dafür bei Weitem nicht aus“, kritisierte Valentin Lippmann, der innenpolitische Sprecher der Fraktion.



Foto: hisblende

Sachsen-Anhalt

Pensionsfonds wächst

Das Finanzministerium meldet einen Zuwachs beim Sondervermögen „Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt“. 2016 wuchs es von rund 690 Millionen Euro auf 799 Millionen Euro. Neben den Zuführungen des Jahres 2016 wurde auch eine Rendite aus entsprechenden Geldanlagen in Höhe von 1,89 Prozent pro Jahr erwirtschaftet. „Nachhaltige Finanzpolitik bedeutet auch, Verantwortung für feststehende Belastungen des öffentlichen Haushalts in der Zukunft zu übernehmen“, so Finanzminister André Schröder (CDU). Mit dem Pensionsfonds sorgt die Landesregierung für die Pensionen aller seit 2007 eingestellten BeamtInnen vor. In Zeiten extrem niedriger Zinsen und geopolitischer Umbrüche sei ein Geldanlageergebnis von nahezu 2 Prozent ein echter Erfolg, findet Schröder. Er erwarte bei



der Kapitalanlage allerdings weiterhin große Herausforderungen.

Schleswig-Holstein

Untragbare Situation

Die GEW Schleswig-Holstein wirft dem Bildungsministerium vor, die Arbeitsbelastungen von Lehrkräften auszublenden. Eine entsprechende Studie des Ministeriums habe keine neuen Erkenntnisse erbracht. „Noch nicht einmal der Krankenstand der Lehrkräfte wird veröffentlicht, der auf Drängen der GEW immerhin seit eineinhalb Jahren erhoben wird“, beklagt deren Landesvorsitzende Astrid Henke. „Stattdessen verweist das Bildungsministerium auf eine 15 Jahre alte Studie und einen allgemeinen Artikel aus dem Ärzteblatt.“ Der Arbeitsplatz Schule sei von fehlenden Pausen, Lärm und hohen psychischen Belastungen geprägt, so die Gewerkschafterin. Lehrvorberei-

Premium Content, Premium Rabatte

mit der Lehrer-Online Card



Als Begrüßungsgeschenk erhalten Sie bis 15.03.2017 gratis eine Steuer-Software im Wert von 49,95€



➔ Alle Informationen finden Sie auf: premium.lehrer-online.de

AUS DEN LÄNDERN

tungen und Korrekturen bis in die Nacht und am Wochenende trügen zur Entgrenzung der Arbeit bei, auch seien die Pflichtstunden höher als in vielen anderen Bundesländern. Henke schlägt deshalb konkrete Maßnahmen vor: die Reduzierung der Pflichtstunden, die Einführung von KlassenlehrerInnenstunden und die Entlastung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben, wie der Inklusionsarbeit.

Thüringen

Bildung gestalten statt verwalten

Wie hoch ist der Finanzbedarf im thüringischen Bildungswesen? Und in welchen Bereichen wird besonders viel Geld benötigt? Um diese Fragen drehte sich das „Hopfenberggespräch zum Landeshaushalt“, bei dem die GEW Thüringen am 24. Januar mit Landespolitikern diskutierte. „Bildung kostet Geld, deutlich mehr als der Freistaat Thüringen derzeit dafür auf-

wendet“, so Kristina Argus, Mitglied des Geschäftsführenden GEW-Vorstandes. Würde das Geld aber jetzt nicht eingesetzt, dann seien die Folgekosten ungleich höher. Baustellen gibt es an Thüringer Schulen einige, erläuterte Bärbel Brockmann, Leiterin der AG Personalrat. Dazu zählen – angesichts steigender SchülerInnenzahlen – die Eingruppierung der Lehrkräfte, die Herausforderungen der Inklusion und die Überalterung vieler Kollegien. Auch bei den Kindertagesstätten fordert die GEW zusätzliche Investitionen in die personelle Ausstattung. Dr. Roman Jaich von der Fernuniversität Hagen stellte seine Studie zum Finanzbedarf des thüringischen Bildungswesens vor. So müsse der Freistaat 738 Millionen Euro zusätzlich einsetzen, um die Vorgaben von OECD, EU und Bund einzuhalten. Die anwesenden PolitikerInnen – unter ihnen auch Finanzministerin Heike Taubert (SPD) – präsentierten unterschiedliche Konzepte, wie



der Bildungsstandort Thüringen gestärkt werden kann: Die Vorschläge reichen von Verbeamtung über Höhergruppierung, Lehrplanentwicklung bis zur Studien- und Berufsorientierung. Die GEW-Landesvorsitzende Kathrin Vitzthum kündigte weitere Gespräche zur Bildungsfinanzierung an.



Wir machen das anders als andere



Debeka

Traditioneller
Partner des öffentlichen
Dienstes

Versichern und Bausparen

Mit unseren über 16.000 fest angestellten Mitarbeitern/innen setzen wir uns an 4.500 Standorten immer für unsere Mitglieder ein.

Weitere Infos unter www.debeka.de oder hier



Info
(08 00) 8 88 00 82 00



www.debeka.de/socialmedia

Bewegung für Entlastung

Heute schon PAUSE gemacht?

„Wir mögen unseren Beruf“, sagen Beschäftigte im Krankenhaus. Trotzdem geben viele nach ein paar Jahren auf oder reduzieren ihre Arbeitszeit. Das hat etwas mit der hohen Belastung zu tun: Pausen sind selten, kurzfristiges Einspringen ist Normalität. Der Grund ist die enorme Personalknappheit in deutschen Krankenhäusern. ver.di kämpft deshalb für Entlastung in den Krankenhäusern.

KLINIKPERSONAL-ENTLASTEN.VERDI.DE

ver di

Nach ver.di-Berechnungen fehlen in Krankenhäusern bundesweit 162.000 Stellen. In allen Berufsgruppen der Krankenhäuser ist mehr Personal nötig, um eine gute Versorgung der PatientInnen gewährleisten zu können, allein in der Pflege fehlen 70.000 Stellen. Nicht nur die PatientInnen leiden unter der Personalnot, sondern auch die Beschäftigten. Im ver.di-Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen läuft deshalb eine bundesweite Bewegung für mehr Personal im Krankenhaus – auf politischer und betrieblicher Ebene.

Chronischer Personalmangel

Der Personalmangel betrifft Krankenhäuser aller Träger – ganz gleich ob öffentlich, freigemeinnützig, konfessionell oder privat. „In vielen Kliniken kann die Versorgung nur noch gewährleistet werden, weil die Beschäftigten alles aus sich rausholen. Das geht nur auf Kosten der eigenen Gesundheit“, sagt Sylvia Bühler, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands. Die Beschäftigten seien nicht länger bereit, ständig auf ihre gesetzlich vorgeschriebenen Pausen zu verzichten und regelmäßig aus ihrem freien Wochenende zu kommen, um den chronischen Personalmangel individuell auszugleichen.

Für PatientInnen hat der chronische Personalmangel schwerwiegende Folgen: Empirische Studien zeigen, dass sich die Personalbemessung unter anderem auf das Risiko von Infektionen, Thrombosen und Todesfällen durch zu spät erkannte Komplikationen auswirkt. Deutschland stehe beim Zahlenver-

hältnis von Pflegekräften zu PatientInnen oft schlechter da als andere Industrieländer, schreibt die Hans-Böckler-Stiftung in einer neuen Studie. Gesetzlich festgelegte Mindestschlüssel könnten Arbeitsüberlastung und Qualitätsmängel lindern, so die Forscher.

Viel zu geringe Investitionen

Eine wesentliche Ursache der Personalnot liegt laut ver.di im Verhalten der öffentlichen Hand. Seit Jahren verletze diese ihre gesetzliche Pflicht und zahle für Krankenhäuser viel zu geringe Investitionskosten. „Krankenhausträger zwacken deshalb für Neubauten, Renovierungen und Großgeräte Geld ab, das die Krankenkassen für die Krankenversorgung im laufenden Betrieb überweisen. Geld, das für Personal gedacht ist, wird zweckentfremdet. Baustellen werden mit Personalstellen finanziert“, heißt es in einer ver.di-Resolution aus November 2016. Es müsse endlich eine gesetzliche Personalbemessung her.

Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rief ver.di für den 21. Februar zu einem Krankenhausaktionstag auf. Unter dem Motto „Heute schon Pause gemacht?“

haben Beschäftigte in Krankenhäusern bundesweit demonstrativ ihre gesetzlich vorgeschriebene Pause genommen. Für die bleibt im Alltag wegen des Personalmangels oft keine Zeit.

Berichte zum
Aktionstag unter
**gesundheit-soziales.
verdi.de**

Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

Beamtdarlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

Jetzt Angebot anfordern:

NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457
MBoeD@nuernberger.de

INFO-SERVICE INFO-SERVICE
Öffentlicher Dienst/Beamte Schulstr. 30 c
67125 Dannstadt-Schauernheim

UNSER ANGEBOT – IHR VORTEIL

– Anzeige –

Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



www.augustinum.de

Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



www.fachklinikum-borkum.de

Psychosomatische Reha für Mütter mit Begleitkind

Rehabilitationsmaßnahmen für Frauen mit einer psychosomatischen Erkrankung (individuelles Therapieprogramm). Mit Begleitkindern.



www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de

Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



www.privatklinik-eberl.de

Espan Klinik mit Haus ANNA

Fachklinik für Erkrankungen der Atemorgane
Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR)



www.espan-klinik.de

Interesse an dieser attraktiven Werbeform? Sprechen Sie uns an:
0211 72134571 oder per Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de

Jetzt Projekte einreichen!

Deutscher Personalräte-Preis 2017

Viele Personalräte kennen ihn mittlerweile, den Deutschen Personalräte-Preis. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“. Er wird gemeinsam vom Bund-Verlag und der HUK-COBURG ausgelobt. Der Wettbewerb 2017 steht erneut unter dem Motto „Initiativen für Beschäftigte“. Denn: Personalräte können selbst die Initiative ergreifen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, deren Arbeitsumfeld oder die sozialen Rahmenbedingungen zu verbessern. Dieses Engagement soll mit dem Deutschen Personalräte-Preis gewürdigt werden. Ausgezeichnet werden Projekte aus den Jahren 2015-2017, unabhängig davon, ob sie von einzelnen Personalratsmitgliedern, kompletten Gremien oder auch dienststellenübergreifenden PR-Kooperationen durchgeführt worden sind.

Im Rahmen des Deutschen Personalräte-Preises zeichnet die DGB-Jugend zudem beispielhafte Arbeit von Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) und Projekte für jugendliche Beschäftigte und Auszubildende mit einem Sonderpreis aus. Einen weiteren Sonderpreis vergibt die HUK-COBURG.

Bis zum 31. Mai 2017 bewerben

Die Bewerbungsfrist für den Deutschen Personalräte-Preis 2017 läuft. Bis zum 31. Mai 2017 können Projekte eingereicht werden. Für die Teilnahme am Deutschen Personalräte-Preis 2017 genügt im ersten Schritt eine Online-Bewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Inhalt des konkreten Projektes. Ausführliche Informationen, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen gibt es auf der Homepage des Preises unter www.dprp.de. Die Würdigung der Projekte und die Überreichung der Auszeichnungen und Urkunden finden zum Jahresende in festlichem Rahmen statt.



Wer kann teilnehmen?

Für den Deutschen Personalräte-Preis können sich bewerben:

- Personalratsmitglieder
- Personalrats-Gremien und Arbeitsgruppen
- Dienststellenübergreifende Personalrats-Kooperationen
- JAVen und Personalräte für den Preis der DGB-Jugend
- Schwerbehindertenvertretungen über den Personalrat



So sehen Sieger aus: Laudator Prof. Ulrich Battis lobt die Gold-Preisträger 2016 – die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Universitätsklinikums Düsseldorf – für ihr Engagement.

Foto: Simone M. Neumann

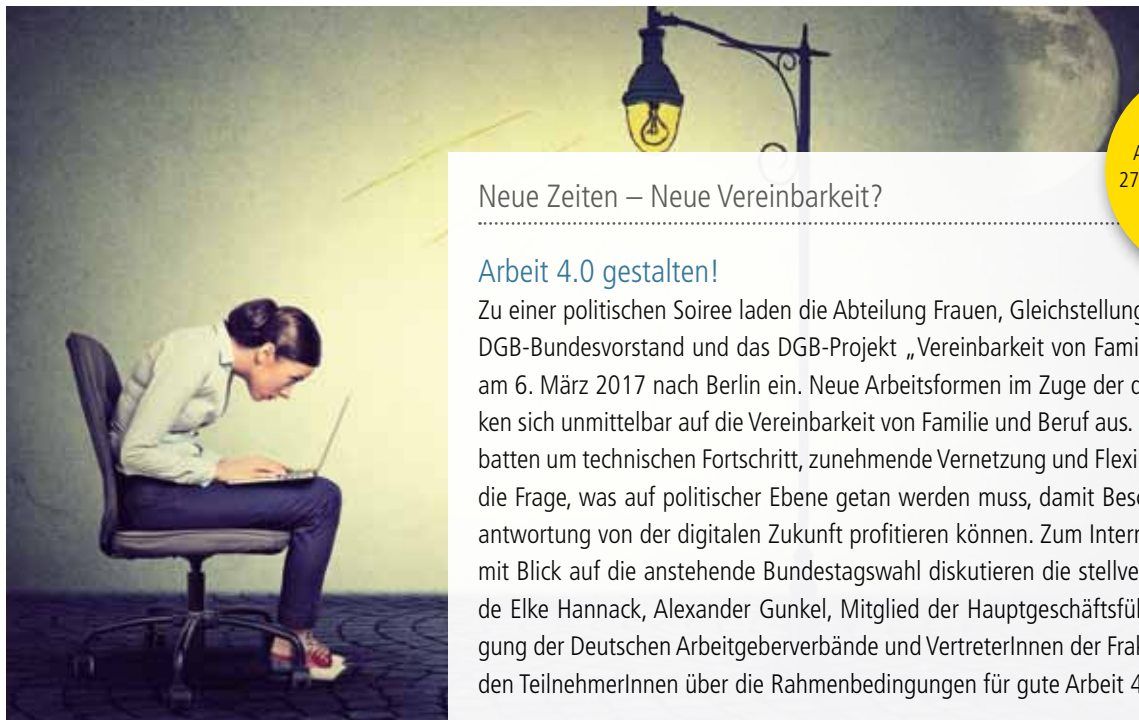


Foto: DGB/lon: Chiosea/123rf.com

Programm und
Anmeldung bis zum
27. Februar 2017 unter
frauen.dgb.de

Neue Zeiten – Neue Vereinbarkeit?

Arbeit 4.0 gestalten!

Zu einer politischen Soiree laden die Abteilung Frauen, Gleichstellungs- und Familienpolitik im DGB-Bundesvorstand und das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten!“ am 6. März 2017 nach Berlin ein. Neue Arbeitsformen im Zuge der digitalen Entwicklung wirken sich unmittelbar auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Entlang der aktuellen Debatten um technischen Fortschritt, zunehmende Vernetzung und Flexibilisierung stellt sich auch die Frage, was auf politischer Ebene getan werden muss, damit Beschäftigte mit Familienverantwortung von der digitalen Zukunft profitieren können. Zum Internationalen Frauentag und mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl diskutieren die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack, Alexander Gunkel, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und VertreterInnen der Fraktionen im Bundestag mit den TeilnehmerInnen über die Rahmenbedingungen für gute Arbeit 4.0.

Karrierestudie

Berufstätige Mütter

Forscherinnen der Frankfurter University of Applied Sciences wollen mit einer Nachfolgestudie zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie herausfinden, ob sich die Rahmenbedingungen berufstätiger Mütter seit einer ersten Erhebung im Jahr 2010 verändert haben. Das Forschungsvorhaben widmet sich der Frage, welche Karriereperspektiven, -hindernisse und -chancen berufstätige Frauen mit Kindern aktuell in Deutschland haben. Die Teilnehmerinnen können ihre Wünsche an Arbeitgeber und Politik formulieren. Aus den Ergebnissen sollen Handlungsempfehlungen abgeleitet werden, die die Situation der berufstätigen Mütter unterstützen und nachhaltig verbessern helfen. Interessierte können anonym an der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten zehnmütigen Umfrage teilnehmen.

Der Link zur Umfrage de.surveymonkey.com/r/6XJ9B36

Zeitnot

Arbeitszeit im Bildungsbereich

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft setzt ein klares Statement: „Bildung braucht Zeit!“. In der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitschrift E & W beschreiben Beschäftigte ihren Arbeitsalltag in Schule, Kita und Universität. Zeitnot verträgt sich nicht mit dem Bildungsauftrag, so die klare Aussage der Berichtenden. Sie kritisieren aber nicht nur den Zeitdruck, sondern schlagen auch Lösungen für einen Wandel vor.

Nachzulesen unter www.gew.de/publikationen

Zahlen, Daten, Fakten

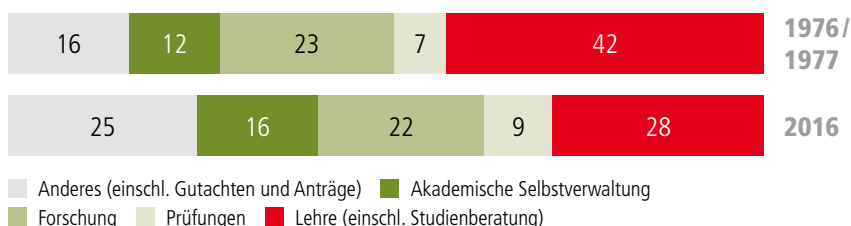
Weniger Zeit für Lehre

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) hat im Auftrag des Deutschen Hochschulverbandes eine Umfrage über die Arbeitssituation und -zufriedenheit der HochschullehrerInnen durchgeführt. Die Ergebnisse aus Oktober 2016 konnte das IfD mit Antworten von HochschullehrerInnen von 1976 vergleichen und stellte fest, dass der Anteil an Lehre an ihrer Arbeitszeit von damals 42 auf heute 28 Prozent abgenommen hat. Dagegen müssen UniversitätsprofessorInnen heute deutlich mehr Zeit für die akademische Selbstverwaltung sowie das Verfassen von Gutachten und Anträgen aufwenden.

Zeiteinteilung: Weniger Lehre, mehr Bürokratie

„Wenn Sie einmal die Zeit, die Sie während des Semesters insgesamt für die Tätigkeiten aufwenden, die hier auf der Liste stehen, gleich 100 Prozent setzen: Wie viel Prozent beträgt der Anteil für jede dieser Tätigkeiten?“

ProfessorInnen (Durchschnittswerte)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 1264, 7244

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Versorgungsanalyse für Frauen.


Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie kümmern sich um alles. Aber haben Sie dabei auch an sich gedacht? Viele Frauen im Öffentlichen Dienst arbeiten nur Teilzeit oder pausieren ganz. Gründe hierfür sind meist Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Zu dieser speziellen Situation hat die DBV sich Gedanken gemacht. Die Versorgungsanalyse zeigt Ihnen:

- ✓ mit welchen Bezügen Sie im Alter rechnen können
- ✓ wie Sie Ihre Versorgungslücke intelligent schließen können und trotzdem flexibel bleiben
- ✓ wie Sie Ihre finanzielle Unabhängigkeit im Alter bewahren

Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen:
FrauenimOeffentlichenDienst@dbv.de oder Telefon 0800 292 22 74.

Eine Marke der AXA Gruppe 



- Anzeige -



Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.



Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Bestellung

per E-Mail: info@d-b-w.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

Name, Vorname _____

Firma _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Konto-Nummer _____ BLZ _____ Bank _____

Unterschrift _____



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.

DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS • 2017



Der Personalrat

 **HUK-COBURG**



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig